

Essay

GERARDO ROJAS

### **Zwischen demokratischem Sozialismus und Bürokratisierung: Zur Lage des Chavismus am Beginn des neuen Jahrzehnts**

Ende 2019 lag die Popularität von Hugo Chávez in Venezuela bei über 50 Prozent<sup>1</sup> (El Nacional 2019) – mehr als sechs Jahre nach seinem Tod und inmitten einer der schwersten Krisen in der Geschichte des Landes. Viele, die unser Land nur aus den Medien kennen, mögen vielleicht denken, dass die Armen Venezuelas nur die Petrodollar-Millionen vermissen, mit denen sich der ehemalige Präsident ihre Zustimmung erkaufte. Und natürlich werden einige als Grund Chávez' Charisma anführen, seine magnetische Anziehungskraft auf die Massen und die mitreißende Rhetorik, mit der er gegen seine politischen Feinde, gegen das US-Imperium und dessen Lakaien, polemisiert und damit einem Klima der Gewalt den Boden bereitet habe.

In diesen gängigen Klischees wird die Komplexität einer Persönlichkeit und politischen Figur, die eine fundamentale Zäsur in der jüngeren Geschichte Venezuelas einleitete, auf den Inhalt eines Tweets reduziert. Verdeckt wird damit auch jener tiefgreifende historische Prozess der Bolivarianischen Revolution, in dessen Verlauf sich die marginalisierte Bevölkerungsmehrheit des Landes – *el pueblo*<sup>2</sup> – aufmachte, um das fundamentale Recht der Politik in die eigene Hand zu nehmen und ihre Identität und ihr historisches Gedächtnis neu zu bestimmen.

Seit über 20 Jahren ist diese Revolution, trotz ungezählter Attacken und Angriffe, mittlerweile an der Regierung. 20 Jahre, die von großen Erfolgen und Errungenschaften, zunehmend aber auch von Rückschlägen gekennzeichnet waren und sind. Diese Turbulenzen erinnern uns immer daran, dass Revolutionen nicht von selbst geschehen, dass sie niemals

einfach, sondern immer umkämpft sind und unter permanenten Bedrohungen von innen und außen stehen. Bedrohungen, die sich nur abhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen und Mehrheitskonstellationen bewältigen lassen.

Und so befindet sich unser Land heute im Auge eines Hurrikans, inmitten geopolitischer Konflikte um unsere Ölreserven, von Blockaden und Angriffen aller Art. Dazu kommen die innenpolitischen Kämpfe um die Staatsmacht, mit einer Regierung, die unter Belagerung und zunehmend mit dem Rücken zur Wand steht – gebeutelt von einer schweren Wirtschaftskrise und ihrer fortschreitenden Entfremdung von den ursprünglichen Zielsetzungen der Bolivarianischen Revolution.

Unsichtbar bleiben in diesem Sturm und dessen dominanten Darstellungen die „einfachen Leute“ – *el pueblo* –, die marginalisierte Bevölkerungsmehrheit, die der Krise standhält und versucht, inmitten und gegen alle Unwägbarkeiten ihr Leben zu meistern. Ihr Schicksal wird davon abhängen, ob es ihnen gelingt, ihre zentrale Rolle innerhalb der Bolivarianischen Revolution zurückzugewinnen und damit ein historisches Projekt wiederzubeleben, das ausgehend von der „partizipativen und protagonistischen Demokratie“<sup>3</sup> darauf abzielt, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Denn wir können die aktuelle Krise nur überwinden, wenn wir uns auf dieses Projekt eines demokratischen Sozialismus besinnen, das uns Hugo Chávez hinterlassen hat!

#### **1. Ausgangspunkte der Bolivarianischen Revolution**

Die Bolivarianische Revolution gelangte mit einem überwältigenden Wahlerfolg 1998 an die Regierungsmacht. Ihr Siegeszug fußte auf der Formierung eines neuen gesellschaftlichen Bündnisses und einer neuen politischen Vision für das Land, hinter der eine breite Mehrheit der Bevölkerung vereint werden konnte. Sie ruhte auf folgenden programmatischen Grundpfeilern: 1. dem nationalistisch-antiimperialistischen Projekt der Rückeroberung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Wiederaneignung der eigenen Geschichte, das rund um die Figur des Unabhängigkeitskämpfers Simón Bolívar geschmiedet wurde, 2. dem Kampf gegen Korruption, 3. dem Umbau des Landes im Sinne einer souveränen und demokratischen Politik zur Konstruktion eines „sozialen,

demokratischen und gerechten Rechtsstaates“, wie es in der Verfassung von 1999 heißt.

Das war der Ausgangspunkt für eine grundlegende Transformation unseres Landes, die jedoch erst einige Jahre später richtig Fahrt aufnehmen sollte. Denn nachdem die populäre Basis des Chavismus im April 2002 einen Putschversuch der Opposition in einem Bündnis von Zivilist\*innen und Militärs zurückschlagen konnte, eröffneten sich neue Spielräume. In der Folge konnte eine Politik umgesetzt werden, die darauf beruhte, die nationalen Ressourcen, allen voran das Erdöl, zu Gunsten der verarmten Bevölkerungsmehrheit zu verwenden.

Die Rolle des Staates wurde gestärkt und als Instrument genutzt, um Ungleichheiten zu bekämpfen und den Zugang zu Grundrechten wie Ernährung, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Arbeit, Telekommunikation und Wohnraum auszuweiten. Gestärkt wurde in diesem Prozess auch das staatliche Eigentum, während die neoliberale Orientierung der vergangenen Jahre mittels Nationalisierungen und der Gründung öffentlicher Unternehmen in strategischen Bereichen eingedämmt wurde. Die Regierung folgte damit der Devise, die Chávez bereits 1996 in seiner *Agenda Alternativa Bolivariana*<sup>4</sup> (Alternative Bolivarianische Agenda, AAB) ausgegeben hatte: „Die AAB legt ihre Priorität auf die makrosozialen Ungleichgewichte und verweist die makroökonomischen Ungleichgewichte an die zweite Stelle. Denn wie könnte man glauben, die Lösung eines Budgetdefizits könnte dringender und wichtiger sein, als das Hungern von Millionen von Menschen zu beenden? Im Angesicht der neoliberalen Offensive entsteht so hier und jetzt eine Waffe für die totale Gegenoffensive“ (Chávez Frías 2014: 23f).

Diesen Grundsatz hat die chavistische Regierung umgesetzt – mit großen Erfolgen –, auch wenn die Opposition permanent das Gegenteil behauptet. Zugleich florierte auch die Privatwirtschaft (Curcio 2017a; dies. 2017b). Allerdings blieben diese Entwicklungen stets stark von den Devisen des Erdölexportes abhängig, die die staatlichen Dienstleistungen und Investitionen finanzierten.

Neben diesen Entwicklungen, die den staatlichen und privaten Sektor betreffen, wurde nun aber mit dem sogenannten „Sozialen Sektor“ erstmals in unserer Geschichte noch ein dritter Bereich als tragende Säule der Gesellschaft anerkannt und gefördert. Gemeint sind damit die vielfältigen Formen selbstverwalteter politischer und produktiver Projekte

und Basisorganisationen, die als Formen direkter gesellschaftlicher Macht verstanden werden. Die Strategie der revolutionären Regierung stützte sich somit auf die Förderung dieser drei Sektoren (Staat, Privat und Soziales), wobei dem „Sozialen“ beim erklärten Ziel, „die Macht in die Hände der einfachen Bevölkerung [*el pueblo*] zu legen“, herausragende Bedeutung zukommen sollte. Denn die Losung von der „partizipativen und antagonistischen Demokratie“, die Chávez über seine gesamte politische Laufbahn hinweg hochgehalten hatte<sup>5</sup>, erfordert einen tiefgreifenden und umfassenden Demokratisierungsprozess, der sich neben dem politischen auch auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich als untrennbar verbundene Teile eines zusammenhängenden gesellschaftlichen Ganzen erstreckt.

In diesem Sinne entstanden vielfältige Experimente mit neuen politischen Partizipationsformen – meist lokale Initiativen der Selbstverwaltung, in unterschiedlichsten Themenbereichen, in denen Basisorganisationen und lokale Communities ihre eigenen Projekte entwarfen, planten, umsetzten und weiterentwickelten. Das strategische Ziel dieser meist kleinteiligen Versuche war immer der Aufbau und die Weiterentwicklung des sogenannten „Kommunalen“ – also einer breiten, landesweit vernetzten und koordinierten Struktur lokaler Selbstverwaltungsprojekte, die perspektivisch die Basis einer alternativen, rätedemokratischen Staatlichkeit bilden sollte. Integraler Bestandteil dieser Strategie war auch die Förderung des sogenannten „Sozialen Eigentums“, das eben weder unter staatlicher noch privatwirtschaftlicher Kontrolle steht, sondern direkt von den Mitgliedern der lokalen Communities verwaltet wird.

Das entfachte eine breite Welle der Politisierung und aktiven Beteiligung unter den historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen (allen voran den Frauen aus den unteren Schichten, aber auch der Barrio-Bewohner\*innen<sup>6</sup>, der Kleinbäuer\*innen und Arbeiter\*innen), die dabei einen außergewöhnlichen Schatz an politischen und organisatorischen Erfahrungen sammeln konnten. In den vergangenen Jahren verschwinden diese Erfahrungen allerdings zunehmend hinter einem immer dominanteren Schwarz-Weiß-Denken, dass unsere komplexe Situation auf den Konflikt zwischen Regierung und Opposition reduziert.

Doch nur wenn wir uns diesen Erfahrungsschatz, all die erfolgreichen und gescheiterten Projekte und Ansätze in Erinnerung rufen und die Lehren daraus ziehen, können wir die aktuelle Situation analysieren, einschätzen, was auf dem Spiel steht und Strategien entwickeln. Nur vor

diesem Hintergrund können wir abwägen, was es bedeutet, wenn die Bolivarianische Revolution – zweifellos in zunehmendem Widerspruch zu ihren ursprünglichen Zielsetzungen – mit Nicolás Maduro an der Regierung bleibt und welche Konsequenzen es haben könnte, wenn sie von jenen gestürzt wird, die seit Jahren fordern, den Chávismus mit allen erforderlichen Mitteln zum Verschwinden zu bringen.

Als Folge dieser Unsichtbarmachung dominieren heute zwei konkurrierende Varianten ein und derselben Grunderzählung über die Lage bzw. den alltäglichen Überlebenskampf der venezolanischen Bevölkerung in Zeiten der Krise. Auf der einen Seite steht ein alarmistischer Mitleidsdiskurs, der nach humanitärer Hilfe ruft und letztlich darauf abzielt, Forderungen nach einer ausländischen Intervention zu legitimieren – eine Figur, die sich vor allem bei Teilen der Opposition findet. Demgegenüber degradiert die Rhetorik der Regierung die Bevölkerung zum wehrlosen Opfer, um sich selbst als schützende Wohltäterin und unverzichtbare Krisenmanagerin zu inszenieren.

In beiden Erzählungen wird der Protagonismus negiert, mit dem die Bevölkerung der Krise trotzt. Sie verhüllen, welche Leistungen die Menschen Tag für Tag erbringen, um angesichts von Lebensmittelknappheit, Spekulation und dem Mangel an Wasser- und Stromversorgung ihr Leben zu meistern. Die Mehrheit der Bevölkerung hat der aktuellen Situation mit all ihren Widrigkeiten die Stirn geboten, ohne in die Falle des Bürger\*innenkriegs zu tappen, den manche Kräfte zu entfachten suchen.

Doch die Krise forderte und fordert einen hohen Preis: Menschen starben und wichtige Errungenschaften der Revolution gingen verloren – nicht zuletzt die klare strategische Orientierung des chavistischen Projekts, das sich als Gegenmodell zum globalen Kapitalismus positionierte: die Vision, dass eine andere multipolare und polyzentrische Welt im Dienste der Humanität möglich ist.

## 2. Ein Projekt demokratischer Hegemonie

Wenige Monate vor seinem Tod sollte Chávez den Kern dieses Projekts folgendermaßen formulieren: „Sozialismus ist Demokratie und Demokratie ist Sozialismus – im Politischen, im Sozialen, im Ökonomischen“

(Chávez Frías 2012: 10). Um diese sozialistische Demokratie zu verwirklichen, sei es aber nötig, „zu überzeugen“ (ebd.: 17) und eine „demokratische Hegemonie“ (ebd.) zu erringen, um die Veränderungen nachhaltig zu verankern. Es erfordere ferner, eine Kultur der Partizipation zu schaffen, die es erlaubt, immer mehr Menschen an der popularen Selbstverwaltung zu beteiligen und so die protagonistische Machtausübung durch die Mehrheit Realität werden zu lassen (Rojas 2016).

In Chávez' letzten Lebens- und Regierungsjahren wurde mit der sogenannten „Comuna“ eine neue Organisationsinstanz populärer Selbstverwaltung geschaffen, die eine Schlüsselrolle im chavistischen Transformationsprojekt spielen sollte: „Die Comuna ist der Ort, an dem wir den Sozialismus zur Welt bringen müssen“ (Chávez Frías 2009b: 4). In dieser Keimzelle sozialistischer Demokratie sollte eine „kommunale Kultur“ entstehen und die „Hegemonie des Sozialen Eigentums“ Gestalt annehmen (Chávez Frías 2009a). Dabei wirkt die Comuna<sup>7</sup> als verbindende Instanz der mannigfaltigen Praktiken populärer Partizipation, die im Zuge der Bolivarianischen Revolution entstanden sind, laufend an Bedeutung und Reichweite gewannen und immer größere Ambitionen entfalteten: Von den zunächst noch punktuellen Initiativen – den sogenannten „*mesas técnicas*“ (wörtlich „technischen Tischen“) – zur lokalen Selbstverwaltung von Grundrechten wie Wasser- und Stromversorgung, aber auch Telekommunikation oder städtischen Landflächen (den Anstoß gaben hier die Initiativen zur Wasserversorgung, die bereits vor der Bolivarianischen Revolution entstanden und ab 1999 in die öffentliche Politik des Staates integriert wurden), bis hin zu den breiter und integraler ausgerichteten kommunalen Räten – basisdemokratischen Nachbarschaftsversammlungen, die sich um die allgemeine Verwaltung und Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen kümmern (wobei sie die erwähnten thematisch spezifischeren Arbeitsgruppen integrieren) und ihre Anliegen mittels gewählter Sprecher\*innen auch auf höhere Entscheidungsebenen tragen (República Bolivariana de Venezuela 2012). Die Comuna als größere Einheit der Selbstverwaltung wiederum entsteht aus dem Zusammenschluss mehrerer kommunaler Räte (Rojas 2018b). Für Chávez sollte diese Form zum Grundpfeiler eines landesweiten Systems populärer Selbstregierung werden – einer kommunalen Staatlichkeit mit einer neuen Logik lokal verankerter Machtausübung, wie er in seiner berühmt gewordenen

Fernsehsendung *Aló Presidente Teórico N°1* erläuterte: „Die Revolution muss die dem Kapitalismus eigene Weltsicht radikal verändern, andernfalls wird sie kooptiert werden oder untergehen. Sie muss Aktionen in Angriff nehmen, die das gesellschaftliche Gefüge neu zusammensetzen, und dafür ist es entscheidend, das Lokale auf die universelle Ebene zu heben. Es geht darum, politische, soziale, wirtschaftliche, organisatorische und spirituelle Beziehungen von der Basis ausgehend bis zur nationalen Ebene hin aufzubauen – vom Kern, sage ich, von der Zelle aus bis zur gesamten nationalen Ebene“ (Chávez Frías 2009b: 6).

### **3. Zwischen allen Fronten – die Herausforderungen des popularen Chavismus**

Wie jede Revolution in der Geschichte weckte auch das chavistische Projekt eines demokratischen Sozialismus den erbitterten Widerstand all jener Gruppen, die dadurch ihre Privilegien bedroht sahen. Dazu zählen zum einen transnationale Akteure, die von unseren billigen Rohstoffen profitierten, zum anderen aber auch unsere eigenen traditionellen Eliten, die sich seit Jahrzehnten an der Erdölrente bereichern und das Land so um seine eigenen Ressourcen bringen. Beide stehen wiederum unter dem Schutz der US-Regierung mit ihren willfähigen Lakaien innerhalb der politischen Klasse unseres Landes.

Der Widerstand gründet jedoch nicht allein in materiellen Verlusten – er hat auch eine starke symbolische Dimension. Denn in den Diskursen und Praktiken der Bolivarianischen Revolution erwachte die zwischenzeitlich bereits totgeglaubte Vision einer grundlegenden und radikal humanisierenden Transformation der herrschenden Gesellschaftsordnung zu neuem Leben. Sie rehabilitierte den Sozialismus als strategischen Horizont für die politischen Kämpfe der marginalisierten Bevölkerungsmehrheiten und schuf damit ein bedrohliches Beispiel, das dringend aufgehalten werden musste.

Zum heutigen Zeitpunkt kann wohl niemand mehr die systematischen Bestrebungen von Seiten der USA und einiger Staaten der Europäischen Union bestreiten, die darauf abzielen, die Bolivarianische Revolution zu neutralisieren bzw. an der Wurzel auszureißen. Sie verfolgen

dieses Ziel mittlerweile ganz unverhüllt und offenbaren dabei auch ihren Einfluss auf die reaktionärsten oppositionellen Kräfte des Landes, die die imperialistische Agenda im Namen der Verteidigung der Nation vorantreiben. Zu behaupten, dass die sogenannten „Sanktionen“, die in Wirklichkeit nichts anderes als illegale unilaterale Zwangsmaßnahmen sind<sup>8</sup>, nur Funktionär\*innen der Regierung Maduro treffen würden, ist eine Beleidigung der menschlichen Intelligenz. Mithilfe dieser Maßnahmen wurden staatliche Unternehmen im Ausland geraubt, etwa das in den USA tätige Erdölunternehmen CITGO. Zudem wurden die Möglichkeiten für Finanztransaktionen eingeschränkt, und zwar sowohl für den Eingang von Geldmitteln – unter anderem aus dem Verkauf des Erdöls – als auch in Bezug auf Überweisungen. Beides hat die Kapazitäten zur Beschaffung lebenswichtiger Güter für unsere Ernährung und Gesundheit massiv eingeschränkt.

Zu den Bedrohungen des Bolivarianischen Prozesses müssen aber auch die Fehler der Regierung selbst gerechnet werden. Zu den gravierendsten gehört sicher die weithin bekannte Korruption mit ihren vielfältigen Mechanismen zur individuellen Bereicherung, die in unserem Land grassiert. Etwa ein fehlgeleitetes Wechselkursregime, das die Ausgabe und den Raub von Millionen vergünstigter US-Dollar ermöglicht<sup>9</sup>, überbeuerte Staatsaufträge oder öffentlich finanzierte Projekte, die nicht oder nur mangelhaft umgesetzt wurden – all das ist ohne Zweifel eine Schande für die Revolution. Wären diese Investitionen ordnungsgemäß umgesetzt worden, sei es nun direkt durch den Staat oder durch Privatunternehmen (die zu diesem Zweck beträchtliche Mittel in Form vergünstigter Kredite erhielten), hätten wir heute ganz andere Voraussetzungen, um den Angriffen auf die Bolivarianische Revolution zu trotzen. Viele dieser Investitionen waren Teil umfangreicher Entwicklungspläne, etwa im Bereich der industriellen Fertigung, der Ausweitung von Dienstleistungen, der nationalen Produktion von grundlegenden medizinischen Gütern oder der Petrochemie, um nur einige Beispiele zu nennen. Durch den Missbrauch und die Veruntreuung dieser öffentlichen Gelder aber entstanden mächtige Interessengruppen (zu denen auch Teile der alten Oligarchie und der Opposition zählen) mit direkten Verbindungen zu bestimmten Sektoren der Regierung, die sich Teile der Ölrente aneignen und so die Entfaltung des radikal-transformatorischen Potenzials des Chavismus bremsen

(Curcio 2019). Die populäre Strömung des Chavismus stand zwar stets in Spannung und direkter Konfrontation mit den „natürlichen“, offenkundigen Gegnern der Bolivarianischen Revolution, sie entwickelte sich aber nicht zuletzt auch aus und in der Auseinandersetzung mit konservativen Fraktionen innerhalb der Bewegung und der bürokratischen Apparate der nationalen, regionalen und lokalen Regierungen selbst.

Das erklärt zum Teil die Schwächung des kommunalen Sektors in jüngerer Vergangenheit. Dabei blickt dieser auf eine Geschichte zurück, die weit über den Zeitpunkt der Machtergreifung von Chávez hinausgeht. Die heutigen Comunas beruhen auf den Erfahrungen jener Akteure, die aus den Lehren des Kampfes gegen die IV. Republik in den 1980er und 1990er Jahren die populäre Bewegung Venezuelas aufbauten<sup>10</sup>. Damals entstanden zahlreiche Initiativen kommunaler Basisarbeit auf dem Land wie in der Stadt – etwa in Form von Kooperativen, kulturellen Gruppierungen, Community-Medien oder populären Bildungsprojekten. Und so trafen in vielen der kommunalen Räte und Comunas der Chávez-Ära altgediente Veteran\*innen der Bewegung mit Tausenden von neuen Aktivist\*innen zusammen, die dem Aufruf der Bolivarianischen Revolution gefolgt waren. Die Entwicklung einer Synthese dieser unterschiedlichen Erfahrungen aus und in der konkreten Basisarbeit markiert einen Meilenstein in der venezolanischen Geschichte populärer Kämpfe. Allerdings existieren die verschiedenen lokalen Projekte bislang meist relativ zerstreut und isoliert voneinander und verfügen nur selten über das nötige Maß an Eigenständigkeit und Autonomie von Partei, Regierung und Staatsapparat, das Chávez so vehement eingefordert hat<sup>11</sup>. Bislang fehlt es an einer breiten Artikulation und Koordination in verbindenden Instanzen, auch wenn mehrere Organisationen am Aufbau einer landesweiten populär-kommunalen Bewegung arbeiten<sup>12</sup> und auch von Seiten der Regierung immer wieder Anstöße zur stärkeren Vernetzung und Koordination des kommunalen Sektors gesetzt wurden<sup>13</sup>.

Diese Situation mindert aber nicht die Kraft und den Nachdruck, mit der die Basisaktivist\*innen ihre Sache vorantreiben. So steht die populäre Bewegung in einem permanenten Spannungsverhältnis zu den Instanzen formaler Macht (wie den unterschiedlichen Ebenen der Regierung und der Regierungspartei PSUV/Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas), die regelmäßig zu Auseinandersetzungen um die Machtausübung und die legitime Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat führen (Settimo et al. 2019).

In genau dieser Widerstandskraft und Resilienz zeigt sich das enorme Potenzial des kommunalen Projekts – eines Projekts, das sich trotz aller Widrigkeiten seinen Weg bahnt und dem es gelang, in weiten Teilen des nationalen Territoriums Basisorganisationen mit echter demokratischer Legitimität aufzubauen, in denen die Vision und eine politische Kultur des Sozialismus zu neuem Leben erwachen.

#### 4. Das Potenzial des Kommunalen

Im Januar 2018 existierten knapp 2.000 offiziell registrierte Comunas, in denen rund 18.000 kommunale Räte zusammengeschlossen waren – das sind 38 Prozent der zu diesem Zeitpunkt insgesamt gut 47.000 kommunalen Räte. Davon waren 38 Prozent ländliche Comunas, weitere 38 Prozent halbstädtische oder gemischte, 22 Prozent städtische und 2 Prozent indigene Comunas. Aufgrund ihrer Zusammensetzung liegt das größte produktive Potenzial der Comunas aktuell klar im landwirtschaftlichen Bereich. Die Entwicklung dieses Sektors kann wiederum Impulse für weitere wirtschaftliche Fortschritte, etwa im industriellen Bereich geben.

Zu diesem Zweck lancierte das Ministerium für Comunas 2015, aufbauend auf einer statistischen Erhebung der produktiven Potenziale der Comunas, einen umfassenden Anbauplan zur Förderung der kommunalen Landwirtschaft. Dieser sah vor, in knapp 300 Comunas über 120.000 Hektar an Obst und Gemüse zur Grundversorgung zu produzieren. Zuvor hatte die Regierung 2015 bereits einen Probeplan für kommunalen Anbau umgesetzt, der mehrere Förderlinien umfasste: den Plan für Getreide, der den Anbau von knapp 39.000 Hektar an Mais, Reis und Hirse in 76 Comunas subventionierte; den Plan zum Anbau von Kaffee (rund 40 Prozent der venezolanischen Kaffeeproduktion entfallen auf kommunale Flächen), der 35 Comunas bei der Instandhaltung von 8.963 Hektar und der Wiederbepflanzung von 2.639 Hektar unterstützte, und den Plan für Ölsaaten, der die Pflanzung von Bohnen auf über 12.000 Hektar finanzierte.

Die Umsetzung dieser ambitionierten Pläne verdankt sich vor allem dem hohen produktiven Potenzial der ländlichen Comunas. Diese konstituieren sich meist als Zusammenschluss kleiner und mittlerer Landwirt\*innen, die das Verwaltungsmodell der Comuna und seiner

Instrumente zur Organisation ihrer Aktivitäten und zur Koordination mit öffentlichen Stellen und Programmen nutzen. Eine wichtige Rolle in der Abwicklung der Anbaupläne spielt z.B. die sogenannte „Bank der Comuna“, die die geförderten Finanzmittel und landwirtschaftlichen Inputs verwaltet. In einigen Comunas wurden zur Umsetzung der Anbaupläne auch sogenannte „Unternehmen direkten gesellschaftlichen Eigentums“ gegründet, also Produktionseinheiten, die unter direkter Kontrolle der kommunalen Versammlung stehen.

Leider verfügen aber nur wenige Comunas über Land in kommunalem Eigentum. Daher haben Vertreter\*innen der kommunalen Bewegung im Rahmen des „Präsidentiellen Rats populärer Regierung mit den Comunas“ von der Regierung mit Nachdruck einen nationalen Plan zur (Um-)Verteilung von Land gefordert – die Umsetzung lässt allerdings bis heute auf sich warten (Settembrino et al. 2019). Eine der wenigen Comunas, die tatsächlich über die nötigen Produktionsmittel für größere Entwicklungsschritte verfügen, ist El Maizal im Bundesstaat Lara. Die Comuna unterhält mehrere Produktionseinheiten, die es ihr ermöglichen, Überschüsse zu erwirtschaften und über das eigene Territorium hinaus Wirkung zu entfalten (Voces Urgentes 2018).

Das alles ist Teil des Erfahrungsschatzes der Revolution mit ihrer moralischen Reserve und zeigt das Potenzial des kommunalen Projekts. Dieses wurde von der Krise in seinen organisatorischen Möglichkeiten ohne Zweifel hart getroffen, doch es bleibt eine tragfähige strategische Option, um den bolivarianischen Prozess ausgehend von den Kernelementen des Chavismus wiederzubeleben. Diese Erfahrungen sind es aber auch, die in den meisten Analysen unseres Landes, mit ihrem einseitigen Fokus auf den Kampf zwischen Regierung und Opposition und geopolitische Konflikte, im Schatten bleiben.

## 5. Die konservative Wende zwischen 2016 und 2019

Von ihrem ersten Tag an sah sich die Regierung von Nicolás Maduro konzertierten Angriffen ausgesetzt, die ihren raschen Sturz erzwingen sollten. Alles, was die Opposition und ihre Verbündeten bereits gegen Chávez versucht hatten, wurde nun noch einmal intensiviert, da nach dem Tod des Präsidenten endlich die Gelegenheit gekommen schien, die

Bolivarianische Revolution zu stoppen. Sieben Jahre später ist Maduro noch immer an der Macht, und seine größte Errungenschaft in diesen sieben Jahren ist wohl der Erhalt des Friedens. Auch wenn wir in dieser Zeit Episoden der Gewalt, mit massiven Zerstörungen und Toten, erleben mussten, so ist es zumindest gelungen, das Land vor einem offenen Bürger\*innenkrieg zu bewahren. Das hatte freilich einen hohen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Preis.

Die politischen Turbulenzen in Kombination mit dem gleichzeitigen Verfall des Ölpreises und dem Einbruch der Erdölfördermengen haben unsere Produktions- und Importkapazitäten in den letzten Jahren massiv reduziert und in der Folge auch das Funktionieren des Staatsapparats, öffentlicher Institutionen, von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen stark eingeschränkt: vom Gesundheits- und Bildungssystem über Wasser- und Energieversorgung, den öffentlichen Verkehr bis hin zur Telekommunikation und staatliche Verwaltungsaufgaben aller Art.

In diesem Kontext hat die Regierung eine allmähliche konservative Wende vollzogen, die 2016 begann und sich 2019 zu konsolidieren scheint. Stand die Präsidentschaft Maduros zu Beginn noch unter einer populären Orientierung, die darauf abzielte, die Selbstverwaltungskapazitäten und Entscheidungskompetenzen des kommunalen Sektors zu stärken<sup>14</sup>, ist sie mittlerweile zu einer völlig konträren Agenda übergegangen; einer Agenda, die in der Praxis jede öffentliche Kontrolle über die zentralen Wirtschaftsbereiche aufgibt und die Logiken der populären Partizipation fundamental ändert. Im Jahr 2020 dürfte sich diese Wende, die sich auf allen Ebenen der Regierungspolitik auswirkt, auch formal konsolidieren. Im Bereich der populären Partizipation etwa zeigt sich die neue Orientierung in der Gründung neuer Organisationsplattformen, die unter klarem Einfluss der PSUV stehen. Solche Verflechtungen zwischen selbstverwalteten Basisorganisationen, Partei und Regierung sind grundsätzlich kein neues Phänomen. Allerdings werden heute Debatten und Entscheidungen, die bis vor kurzem noch direkt in Bürger\*innenversammlungen getroffen wurden, über solche Plattformen zunehmend zentral „von oben“ kontrolliert.

Ein Beispiel sind die sogenannten „Lokalen Komitees zur Versorgung und Produktion“ (*Comité Local de Abastecimiento y Producción*, CLAPS), die im Zuge der aktuellen Krise zur Verteilung subventionierter Lebensmittelpakete an besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen gegründet wurden. Die Tätigkeiten der CLAPS fallen eigentlich in den klassischen Aufga-

benbereich der kommunalen Räte, doch ihre Verantwortungsträger\*innen rekrutieren sich aus unterschiedlichen regierungsnahen Organisationen, etwa den „Kampfseinheiten Bolívar-Chávez“ (*Unidades de Batalla Bolívar-Chávez*, Ubch) – der Basiseinheit der PSUV (Yvke Mundial 2017). Ein ähnliche Logik konnte auch bei den kommunalen Räten beobachtet werden, als das Ministerium als Voraussetzung für die Erneuerung ihrer Vertretungsmandate im Herbst 2019 die Einrichtung sogenannter „Plattformen der Revolutionären Kräfte“ (*Plataforma Sistema De Fuerzas Revolucionarias*) einforderte (Ministerio del Poder Popular 2019). In beiden Fällen vollzieht sich eine schleichende Zentralisierung und Kompetenzverschiebung von den Basisorganisationen zur Partei.

Im wirtschaftlichen Bereich wiederum setzte sich eine liberale Logik durch, die von unterschiedlichen sozialpolitischen Maßnahmen (etwa in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Pflege) flankiert wird. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der sogenannte „Vaterlandsausweis“ (*Carnet de la Patria*), der als administratives Instrument zur direkten Vergabe von staatlichen Unterstützungsleistungen dient. Dafür wurde ein umfangreiches nationales Informationssystem mit fast 19 Millionen Nutzer\*innen aufgebaut, das immer weitere Aufgaben- und Kompetenzbereiche übernimmt. So fungiert es mittlerweile auch als Plattform für Finanztransaktionen, etwa mit staatlichen Gutscheinen, die auf diesem Weg ausgegeben werden oder der erdölbasierten Kryptowährung PETRO. Der „Vaterlandsausweis“ und die CLAPS sind die beiden wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung, um die Folgen der aktuellen Krise abzufedern.

Zu Beginn der konservativen Wende wurden wirtschaftspolitische Maßnahmen, die der ursprünglichen Linie der Bolivarianischen Revolution widersprechen, meist klammheimlich, ohne öffentliche Ankündigungen und Auskünfte implementiert. Mittlerweile hat die Regierung jedoch ihren Diskurs geändert und ist dazu übergegangen, einen neuen wirtschaftspolitischen Frame zu etablieren, der ihre neoliberalen Maßnahmen legitimieren soll. Das geht so weit, dass Präsident Maduro in einem Fernsehinterview Ende 2019 die De-facto-Dollarisierung Venezuelas, die sich im letzten Jahr vollzogen hat, mit der Begründung verteidigte, dass diese die „Selbstregulierung der Wirtschaft“ ermögliche.

Aus all diesen Gründen haben in den letzten Jahren Millionen von Venezolaner\*innen – zermürbt von Wirtschaftskrise, Hyperinflation

und endlosen Machtkämpfen – das Land auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen verlassen. Zu den vielen gravierenden Folgen dieses sozialen Dramas zählt nicht zuletzt der massive Verlust an Fachkräften und technischer Qualifikation in sämtlichen Gesellschaftsbereichen und Branchen. Viele der Emigrant\*innen sind ehemalige Staatsangestellte, die ihre Gehälter in der mittlerweile fast wertlosen Landeswährung Bolívar erhalten, während der Dollar immer mehr zur Referenz für Zahlungen und Preise im privatwirtschaftlichen Bereich wird. Diese Dollarisierung, die all jene ausschließt, die keinen Zugang zu Devisen (etwa durch Remittances oder staatliche Vergabe – siehe oben) haben, ist Folge des sogenannten „Plans zur Wiederbelebung der Wirtschaft“ (*Plan de Recuperación Económica*)<sup>15</sup>, den die Regierung seit August 2018 implementiert (Gobierno Bolivariano de Venezuela 2018), aber bis heute nicht öffentlich evaluiert hat (für eine kritische Einschätzung des Plans siehe 15 y último 2019).

## 6. Vom Modell der drei Sektoren zum Primat der Privatwirtschaft

Wie bereits eingangs erwähnt, setzte die Bolivarianische Revolution von Beginn an auch auf die Entwicklung des privaten Sektors. Allerdings rückt dieser unter der Regierung Maduro zunehmend ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Das bedeutet eine grundlegende Machtverschiebung im Modell der drei Sektoren, in dem bis vor kurzem noch der Staat und der Soziale Sektor die Hauptrollen spielten. Während dem Sozialen Sektor als Motor zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft besondere strategische Bedeutung zukam, fungierte der Staat als wichtigste ökonomische Steuerungs- und Regulierungsinstanz – eine Funktion, die nun vermehrt in den privatwirtschaftlichen Bereich verlagert wird.

Im Zuge dieses Prozesses geht ein wichtiger Teil all dessen, was wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben, mit rasender Geschwindigkeit verloren (Salas 2017). Es kommt zu einer neuerlichen Verschärfung der Ungleichheiten mit schwerwiegenden Folgen, deren tatsächliches Ausmaß wir heute noch gar nicht abschätzen können. Es ist dies eine weitere Konsequenz der widerstreitenden Narrative von Regierung und Opposition und des hartnäckigen Schweigens der offiziellen Statistiken, doch die Verwerfungen sind zweifellos verheerend.

Heute können wir beobachten, wie sich die Polarisierung zweier entgegengesetzter politischer Projekte, die unser Land so viele Jahre lang charakterisiert hat, allmählich in eine Art optischer Täuschung verwandelt. Selbstverständlich bestehen in vielen Bereichen weiterhin substantielle Unterschiede zwischen Regierung und Opposition, doch in Bezug auf ihre wirtschaftspolitischen Strategien vollzieht sich eine rasante Annäherung, sodass die konkurrierenden Konzepte von Regierung und Opposition zurzeit wenig mehr als verschiedene Ausformungen desselben neoliberalen Grundprogramms darstellen. Mittlerweile hat die Regierung einstige Kernelemente des Oppositionsdiskurses übernommen. Sie bedient in ihrer Rhetorik nun offen den Mythos von der Entfesselung der Marktkräfte und setzt zur Wiederbelebung der Wirtschaft auf private Investitionen aus dem In- und Ausland. Zu diesem Zweck versucht sie sogenannte „Allianzen“ zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor zu schmieden, wobei den Unternehmen äußerst vorteilhafte Konditionen geboten werden. Und sie dehnt und transformiert den von Chávez geerbten Gesetzesrahmen in einer Weise, die den ursprünglichen Prinzipien der Revolution diametral entgegenläuft – etwa mit dem „Gesetz zur Förderung und zum Schutz von Investitionen“, das Ende 2017 von der verfassungsgebenden Nationalversammlung verabschiedet wurde (Britto García 2018). Neben der Ankerbelung der Wirtschaft verfolgt die Regierung mit dieser Strategie das Ziel, zumindest einen Teil der Wirtschaftssanktionen zu umgehen. Dabei werden unter dem Deckmantel der „Allianzen“ auch staatliche Produktionsmittel an private Akteure übertragen (Cotejo 2019; Supuesto Negado 2019). Die Regierung betreibt auf diese Weise eine versteckte Privatisierungspolitik, mit der öffentliches Eigentum unter äußerst intransparenten Bedingungen und zweifelhafter formaler Regulierung und Kontrolle verschербelt wird.

## **7. Den Konflikt normalisieren – die Auseinandersetzung repolitisieren**

Zu Beginn des Jahres 2019 hätten wohl nur wenige gedacht, dass Präsident Maduro zwölf Monate später noch immer im Amt sein und dessen Gegenspieler Juan Guaidó – dieses Experiment der USA – seinen Rückhalt

in der Bevölkerung weitgehend verloren haben würde. 2019 war ein Jahr des Kräftemessens, das mit einer weiteren, aber freilich keineswegs endgültigen Niederlage der Opposition zu Ende gegangen ist.

Ein entscheidender Faktor in diesen Auseinandersetzungen war die Haltung des Oberkommandos der „Nationalen Bolivarianischen Streitkräfte“ (*Fuerzas Armadas Nacionales Bolivarianas*, FANB), das bislang – trotz wiederholter Drohungen und Angebote von Seiten der Opposition und der Trump-Administration – hinter der Regierung steht. Auch in den kommenden Monaten wird die Entwicklung der Machtverhältnisse im Land wesentlich von der Positionierung der Militärs abhängen.

Bislang verfügt keine der Parteien über ausreichend Stärke, um sich definitiv durchzusetzen. Das liegt nicht zuletzt auch am internationalen Druck auf die Regierung, vor allem durch die USA, die die reaktionärsten politischen Kräfte des Landes mit finanziellen, medialen und logistischen Mitteln unterstützen. Nach offiziellen Angaben hat die US-Regierung im Jahr 2019 mehr als 600 Millionen Dollar in ihre Regime-Change-Strategie in Venezuela investiert, und für 2020 stehen mit der Verabschiedung des Gesetzes VERDAD (*Venezuela Emergency Relief, Democracy Assistance, and Development Act*) bereits über 400 Millionen Dollar für den gleichen Zweck zur Verfügung (Panam Post 2019). Das scheint eine durchaus angemessene Summe zu sein, wenn man bedenkt, dass die venezolanische Regierung allein den Wert der PdVSA-Tochtergesellschaft CITGO, die 2019 von der US-Regierung beschlagnahmt wurde, auf über 30 Milliarden Dollar schätzt (Gobierno Bolivariano de Venezuela 2019). Deutlich wird dabei freilich auch die massive Abhängigkeit, mit der die aggressivsten und medial sichtbarsten Teile der Opposition an die Interessen und Agenden der USA und ihrer Verbündeten gebunden sind.

Neben den militärischen und außenpolitischen Machtfaktoren stehen Regierung und Opposition im Jahr 2020 aufgrund der geplanten Wahlen auch wieder verstärkt vor der Herausforderung, ihren Rückhalt in der Bevölkerung auszubauen. Das wird natürlich vor allem von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen, wobei die Regierung versuchen wird, zumindest eine partielle Stabilisierung zu erreichen, während die Opposition die Krise für sich nutzen kann. Nach intensiven diplomatischen Bemühungen von mehreren Seiten und den heftigen politischen Auseinandersetzungen, die Ende letzten Jahres in der gesamten Region ausgebro-



chen sind, ist bei vielen Akteur\*innen mittlerweile aber auch die Bereitschaft zu politischen Verhandlungen gewachsen, um in Venezuela eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern. Es könnte daher in den kommenden Monaten durchaus irgendeine Art von Abkommen zustande kommen, das den Konflikt zwischen Regierung und Opposition (unter Einbeziehung der USA, der EU, Russlands und Chinas) zumindest partiell „normalisiert“ und reguliert.

Das bedeutet freilich nicht, dass der „Hybridkrieg“, den die Vereinigten Staaten seit Jahren gegen unser Land führen, damit beendet würde (Brasil de Fato 2019). Die Sanktionen werden bleiben, ebenso die Blockade und viele weitere Maßnahmen, die darauf abzielen, eine wirtschaftliche Erholung zu verhindern und den Unmut in der Bevölkerung zu schüren, um einen Regimewechsel oder eine militärische Intervention zu legitimieren. Teil dieses Krieges ist auch die öffentliche Kriminalisierung und Dämonisierung der Regierung durch die Mainstream-Medien. All das dient letztlich als Druckmittel, um die FANB zu einem Staatsstreich zu drängen.

Trotzdem scheint eine Einigung zwischen Regierung und Teilen der Opposition heute nicht ausgeschlossen. Diese muss nicht unbedingt die Form eines offiziellen, öffentlichen Abkommens annehmen, sondern könnte auch aus einer Reihe von informellen Deals, Vereinbarungen und Lockerungen bestehen. Mögliche Ausgangspunkte und Pfeiler eines solchen Paktes könnten die aktuellen Bestrebungen sein, einen neuen Wahlrat mit Teilen der Opposition zu bilden; außerdem Wahlen zur Nationalversammlung, womit die jahrelange wechselseitige Blockade und Sabotage zwischen den unterschiedlichen Staatsgewalten überwunden werden könnte; und schließlich die Fortführung und Vertiefung der bereits eingeleiteten wirtschaftlichen Öffnung in Bereichen wie der Erdölproduktion und dem Bergbau, was freilich den ursprünglichen Prinzipien der Bolivarianischen Revolution fundamental widerspricht. Diese Bemühungen um eine Verhandlungslösung werden momentan vor allem von der Regierung und einem Teil der Opposition getragen. Ihr tatsächlicher Erfolg, ihre reale Wirksamkeit und internationale Anerkennung werden aber davon abhängen, ob es gelingt, auch die direkten Verbündeten der USA im Land – also die „großen vier“ Parteien *Acción Democrática*, *Primero Justicia*, *Voluntad Popular* und *Un Nuevo Tiempo* – einzubinden, was bislang alles

andere als sicher scheint. Das jedenfalls ist der aktuelle Ansatz zur Lösung der Krise, der die politische Agenda 2020 wesentlich mitbestimmen wird.

Zentral bleibt dabei die ökonomische Arena. Der Bedarf an Investitionen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes ist immens, woraus sich ebenso immense Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Für die Regierung eröffnet diese Situation vor der Drohkulisse eines gewaltsamen Umsturzes die Gelegenheit, ihre politischen Gegner\*innen an sich zu binden, indem sie diese in die Wiederbelebung der Wirtschaft integriert – etwa durch die Vergabe staatlicher Aufträge, von Lizenzen und Konzessionen.

Sollte tatsächlich ein Abkommen gelingen, so würde die Gefahr einer vollständigen Eskalation des Konflikts um die Macht deutlich verringert und es könnten Wege für eine zumindest bescheidene Verbesserung der Lebensbedingungen geöffnet werden. Ein Teil der Opposition etwa hat vorgeschlagen, das ursprünglich im Irak eingeführte Programm „Erdöl für Lebensmittel und Medizin“ (Rojas Jiménez 2019), das auch den Import von Produktionsgütern zur Wiederbelebung der nationalen Industrie umfassen könnte, für Venezuela zu adaptieren.

Vor allem aber würde eine Normalisierung des Konflikts wieder Raum schaffen für eine Politik jenseits der unversöhnlichen Frontstellung von Regierung und Opposition, die – angesichts der Gefahr einer vollständigen Niederlage – die Verfestigung „loyaler“ politischer Blöcke und eine strategische Haltung des geringeren Übels befördert. Diese Situation, in der die alles beherrschende Abwehr des Gegners kritische Debatten und offene Partizipation in die zweite Reihe verweist, hat einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dazu gebracht, der Politik den Rücken zu kehren und sich auf die unaufschiebbaren Notwendigkeiten des täglichen Überlebens zu konzentrieren. Wollen wir die Krise im Sinne der ursprünglichen Postulate der Revolution überwinden und das Projekt eines demokratischen Sozialismus mit neuem Leben erfüllen, ist es daher unumgänglich, einen breiten Prozess der Repolitisierung anzustoßen (Iturriza 2019). Das kann nur gelingen, wenn wir uns auf die Prinzipien und Strategien besinnen, aus denen der Chavismus historisch seine Stärke bezogen hat. Es gilt also, politische Beteiligung und Organisation ausgehend von der konkreten Basisarbeit voranzutreiben und Praktiken zu stärken, in denen die Menschen die Verbesserung ihrer unmittelbaren Lebensbedingungen selbst in die Hand nehmen. Es gilt ferner, ein tragfähiges Netzwerk populärer Selbst-

verwaltung mit echter demokratischer Legimitation auf- und auszubauen, in dem die direkte Ausübung staatlicher Macht durch die Bevölkerungsmehrheiten Realität werden kann. Denn wir dürfen nicht in das Stadium vor der Revolution zurückfallen, als die Demokratie Sache einiger weniger war. Für den Chavismus ist sie vielmehr der Weg zur „Rückeroberung, Repolarisierung und Repolitisierung“ (Chávez Frías 2010: 53) seiner eigenen Kräfte zum Aufbau eines popularen, demokratischen Sozialismus.

## 8. Komplexe Perspektiven – differenzierte Solidaritäten

Es ist heute einfach, aus einer linken Perspektive Kritik an der Regierung von Nicolás Maduro zu üben, und wir haben jederzeit und in jeder Situation die Verpflichtung, diese Möglichkeit auch zu ergreifen – so wie wir auch unter Chávez immer kritisch gegenüber der Regierung geblieben sind. In Zeiten, da die Vision einer sozialistischen Gesellschaft – nicht nur in Venezuela – einmal mehr in weite Ferne zu rücken scheint, ist eine solche (selbst-)kritische Haltung ein wichtiges Gebot für alle Menschen, die sich dieser Vision verschrieben haben.

Momentan erleben wir, wie die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Bolivarianischen Revolution, die sich nach Chávez' Ableben verschärft hatten, in Richtung konservativer Positionen ausschlagen. Und es hat den Anschein, dass sich die einflussreichsten Gruppen an der Spitze von Partei und Regierung darauf geeinigt hätten, jene Fraktion zu unterstützen, die ein Minister einmal als „revolutionäre Bourgeoisie“ bezeichnet hat (Rojas 2018).

Vor diesem Hintergrund ist es heute notwendiger denn je, das ursprüngliche politisch-ideologische Programm des Chavismus zu verteidigen. Es gilt, solidarische Bündnisse und Netzwerke zu schmieden, den reichen politischen und organisatorischen Erfahrungsschatz der Chávez-Zeit aufzugreifen und zu einer starken, revolutionären Kraft zu verbinden. Die populäre chavistische Bewegung war stets klar und unerschütterlich in ihrem Kampf gegen die Gegner\*innen der Bolivarianischen Revolution. Ebenso klar war sie jedoch auch in ihrer Kritik an der Regierung, die sie zwar nach außen verteidigt, jedoch niemals bedingungslos unterstützt hat. Es ist diese populäre Basis, die das Projekt der Bolivarianischen Revolution hochhält und vorantreibt.

Echte Solidarität mit dieser Revolution erfordert daher, die generalisierende Perspektive zu überwinden, die das Geschehen im Land auf den Konflikt zwischen zwei Parteien reduziert und damit die Realitäten der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit ebenso verdeckt wie den strategischen Zielhorizont dieser Revolution – ganz zu schweigen von den Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition und der Regierung. Solidarisch sein heißt deshalb, an die Basis zu gehen und auf jede erdenkliche Weise die Praktiken und Forderungen jener zu unterstützen, die Tag für Tag gegen alle Widrigkeiten und Widerstände darum kämpfen, die historischen Ziele des chavistischen Projekts in die Tat umzusetzen. Die Entwicklung dieses Projekts folgt keinem festgeschriebenen Pfad, sie ist wie alle Geschichte ein dynamischer, offener und umkämpfter Prozess, dessen Schicksal keineswegs besiegelt ist. Dementsprechend wichtig ist es, einzugreifen und dazu beizutragen, die populären Kräfte sichtbar zu machen und zu stärken – sei es in der konkreten politischen Arbeit vor Ort oder in wissenschaftlichen und medialen Debatten und Darstellungen, die über diesen Prozess geführt und verbreitet werden.

Die Lage jedenfalls ist ernst. Auch wenn wir heute noch weit von einem solchen Szenario entfernt scheinen, kann selbst eine externe militärische Intervention – etwa in Form von Söldnertruppen oder der Provokation von punktuellen, lokalen bewaffneten Konflikten – nicht ganz ausgeschlossen werden (Telesur 2019). Sollte sich die Situation in unserem Land also noch weiter verschlimmern, so wäre das eine Tragödie – nicht nur für uns Venezolaner\*innen, die wir bereits jetzt mit größten Widrigkeiten zu kämpfen haben, sondern für den gesamten Kontinent. Das muss um jeden Preis verhindert werden.

Dafür braucht es auch Formen der Solidarität, der politischen Analyse und Kritik, die sich der komplexen Realität stellen und die sich nicht einfach für eines der beiden rivalisierenden Narrative über unser Land instrumentalisieren lassen, die unsere Kämpfe gleichermaßen entpolitisieren. Genau diese Kämpfe gilt es sichtbar zu machen und differenzierte Perspektiven im Sinne einer sozialistisch orientierten Bearbeitung der aktuellen Krise einzunehmen.

Denn eines darf nicht vergessen werden: Keine Regierung ist ein völlig geschlossener, monolithischer Block, und so zeigen sich auch in der von Nicolás Maduro geführten Spannungen und Risse. Nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen um die aktuelle Wirtschaftspolitik offenbart

sich eine markante Konfliktlinie zwischen jenen konservativen und bürokratischen Sektoren, die die offizielle Regierungslinie tragen, und einem großen Teil der (Basis-)Aktivist\*innen, die für alternative Strategien zur Überwindung der Krise eintreten. Sie berufen sich auf Chávez' Konzepte und Diskurse über die protagonistische Rolle der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit – *el pueblo* –, über die Aufgaben des Staates und der Regierung. Gestützt auf dieses Erbe versuchen sie den Kurs der Bolivarianischen Revolution zu wenden und das Ruder in Richtung eines kommunalen Sozialismus herumzureißen<sup>16</sup>.

Dabei lässt sich mit dem aktuellen Grad an politischer Mobilisierung und Organisation zwar eine (zumindest auf dem Papier) chavistische Regierung halten, für eine echte Rückeroberung und Vertiefung der Bolivarianischen Revolution ist allerdings weit mehr nötig. Sie verlangt von uns, auf Basis der historischen Erfahrungen und des historischen Programms der Revolution unter den veränderten Bedingungen der Gegenwart eine breite chavistische Bewegung aufzubauen und wieder aufzubauen, denn der Chavismus war und ist weit mehr als die Regierung.

Kurz gesagt: Jenseits der Konflikte zwischen Regierungen, Parteien und Politiker\*innen an der Spitze des Staates braucht es eine echte Solidarität der Basis mit der historisch ausgegrenzten Bevölkerungsmehrheit unseres Landes, die so große Erfolge errungen und so viel Hoffnung gesät hat. Ich setze auf die Unterstützung unserer Kampfgenossinnen und -genossen in aller Welt, denen bewusst sein muss, dass hier noch weit mehr Menschenleben auf dem Spiel stehen, als wir bereits verloren haben. Zugleich eröffnet sich in unserem Kampf jedoch die Möglichkeit, eine Revolution mit neuem Leben zu erfüllen, die sich unter dem Zielhorizont des Bolivarianischen Sozialismus einer grundlegenden und ganzheitlichen Demokratisierung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft verschrieben hat. Das Projekt und die Erfahrungen der Bolivarianischen Revolution und die Vision eines demokratischen Sozialismus sind wichtige Referenzen, die angesichts des weltweiten Vormarsches der Ultra-Rechten und der scheinbaren Alternativlosigkeit des globalen Kapitalismus unbedingt hochgehalten und gestärkt werden müssen. Über genau diesen demokratischen und popularen Weg zum Sozialismus hat sich die Bolivarianische Revolution definiert, und genau darin besteht ihr historisches Erbe und ihre historische Kraft, die wir heute aufnehmen und in Chavez' Namen weitertragen.

*Aus dem Spanischen von Jonathan Scalet*

- 1 Die Daten stammen vom Ökonomen Luis Vicente León, Präsident des oppositionsnahen Meinungsforschungsinstituts Datanalysis.
- 2 Der Begriff *pueblo* stellt eine große Herausforderung für die Übersetzung dar. Während die wörtliche deutsche Entsprechung „Volk“ mit häufig biologisch oder kulturell konnotierten Vorstellungen einer homogenen und exklusiven Gemeinschaft verbunden wird und unweigerlich an die völkischen Konzepte des Nationalsozialismus erinnert, dominiert im lateinamerikanischen Kontext eine deutlich politischere, stark sozialstrukturell bestimmte und klassenanalytisch gebrochene Bedeutung des spanischen *pueblo*. Bezugspunkt ist die alltagsprachliche Bedeutung des *pueblo* im Sinne der „einfachen Leute“, worunter im heutigen Venezuela etwa das informell arbeitende städtische Prekariat, die verarmten Kleinbäuer\*innen, Frauen sowie afrovenezolanische und indigene Bevölkerungsgruppen fallen. Damit meint *pueblo* eben nicht eine politische oder ethnische Gemeinschaft der Gleichen, sondern die von dieser Gemeinschaft historisch ausgegrenzten, unterdrückten und häufig rassistisch diskriminierten Bevölkerungsmehrheiten. Dieses Konzept des *pueblo* spielt eine Schlüsselrolle im politisch-ideologischen Diskurs des Chavismus, der sich als Projekt versteht, in dem die historisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen zum direkten Subjekt gesellschaftlicher Machtausübung werden (Dussel 2013: 91-98; Cicciariello-Maher 2013: 8f; Kastner 2013). In der Übersetzung der Essays wurde der Begriff mit Formulierungen wie „unterdrückte Bevölkerungsmehrheit“ oder „marginalisierte Bevölkerungsgruppen“ umschrieben und meist um das spanischen Original ergänzt. Das von *pueblo* abgeleitete Adjektiv *popular* wurde – etwa in „populärer Macht“, „populärer Chavismus“ – in der spanischen Originalschreibweise belassen, um die eben skizzierte politisch-konzeptionelle Bedeutung im chavistischen Diskurs sichtbar zu halten. Wo die Beiträge – etwa in Bezug auf Verfassungstexte – auf die völkerrechtliche Bedeutung des „Staatsvolkes“ rekurren, wurde der Begriff ins Deutsche übersetzt (Anm. d. Übersetzers).
- 3 Die 1999 nach dem Amtsantritt von Chávez ausgearbeitete neue Verfassung Venezuelas proklamierte eine nicht mehr bloß repräsentative, sondern „partizipative und protagonistische“ Demokratie für das Land. Demnach sollte die Bevölkerung über eine Reihe von Instrumenten wie lokalen Selbstverwaltungsstrukturen auf Versammlungsbasis oder dem Recht, politische Amtsträger\*innen abzuwählen, zur tatsächlichen und permanenten „Protagonistin“ bzw. zum Subjekt politischer Entscheidungsprozesse werden (Wilpert 2007: 53-64) (Anm. d. Übersetzers).
- 4 Chávez legte die AAB 1996 als Gegenprojekt zur neoliberalen *Agenda Venezuela* des damaligen Präsidenten Rafael Caldera von der konservativen COPEI vor. Darin skizziert er Grundsätze für die Neugründung eines unabhängigen Venezuela, das die neokolonialen Muster der sogenannten IV. Republik hinter sich lassen sollte (Anm. d. Übersetzers).
- 5 Zentrale Pfeiler in der Entwicklung dieser Vision markieren das sogenannte

- Blaue Buch (Libro Azul)* von 1991 (Chávez Frías 2013) und Chávez' Rede am ersten Ministerrat nach seiner letzten Wiederwahl im Herbst 2012, die unter dem Slogan „das Steuer herumreißen“ (*El Golpe de Timón*) bekannt wurde (Chávez Frías 2012).
- 6 Als *barrios* werden in Venezuela die marginalisierten, meist informellen Viertel in den großen Städten verstanden, die infolge der massiven Urbanisierung im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden sind (Anm. d. Übersetzers).
  - 7 Als rechtlicher Rahmen für die Comuna wurden 2010 die Grundgesetze für populäre Macht erlassen. Diese enthalten die Gesetze für populäre Macht, für öffentliche populäre Planung, für gesellschaftliche Rechenschaftspflicht, für das kommunale Wirtschaftssystem, für Comunas und kommunale Räte.
  - 8 „Seit dem Jahr 2014 wurden nicht weniger als 150 unilaterale Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen gegen die Bolivarianische Republik Venezuela verhängt. Im Zentrum davon stehen mindestens 40 juristische Instrumente und Durchführungsverordnungen von Seiten der nordamerikanischen Regierung und ihrer Verbündeten: die Europäische Union, das Vereinigte Königreich, die Lima-Gruppe, Kanada, Panama und die Schweiz“ (Tatuy Tv 2019).
  - 9 Zu Funktionsweise und Folgewirkungen dieses Wechselkursregimes siehe auch den Beitrag von Peters in diesem Heft (Anm. d. Übersetzers).
  - 10 Der Widerstand gegen die sogenannte „IV. Republik“ – also die paktierte Zwei-Parteien-Demokratie des Punto-Fijo-Regimes – artikulierte sich in den 1960er Jahren zunächst als Guerillakampf nach kubanischem Vorbild. Das Scheitern dieser avantgardistischen Strategie führte in den folgenden Jahrzehnten zu einer allmählichen strategischen Reorientierung innerhalb der radikalen venezolanischen Linken und zum Aufbau einer breiten Bewegung populärer Basisorganisationen, woraus später der sogenannte populäre Chavismus hervorgehen sollte. Zur Entstehungsgeschichte dieser Bewegung siehe genauer Cicariello-Maher 2013 (Anm. d. Übersetzers).
  - 11 So forderte Chávez in der Fernsehsendung *Aló Teórico* N°1: „Aber die Partei darf nicht von den kommunalen Räten Besitz ergreifen, sie darf sich dieser nicht bemächtigen! Das dürft ihr niemals zulassen! Die kommunalen Räte dürfen kein bloßes Anhängsel der Partei sein. In diesem Falle würden wir das Pflänzchen im Keim ersticken, wir würden das Baby töten. Wer ist das Baby? – Die kommunalen Räte! Ihr dürft niemals zulassen, dass dieses Baby abgetrieben wird! Die Partei darf helfen – sie muss helfen! Die Partei darf Impulse und Anstöße geben – sie muss Impulse und Anstöße geben! Die Partei entwirft eine Gesamtstrategie! Aber die kommunalen Räte dürfen keine bloßen Anhängsel der Rathäuser sein – das können sie nicht sein, das sollen sie nicht sein und das dürfen wir sie nicht werden lassen! Die kommunalen Räte und die Comunas können nicht das Anhängsel irgendeines Regierungsamtes sein, nicht einmal eines Ministeriums, nicht einmal des Ministeriums der Comunas, nicht einmal des Präsidenten Chávez! Und auch von sonst niemandem! Die kommunalen Räte und Comunas kommen aus dem Volk, sie sind eine Schöpfung der Massen – von euch!“ (Chávez Frías 2009b: 8).
  - 12 Zu den vielversprechendsten und am weitesten entwickelten Initiativen in diesem Bereich zählen die „Revolutionäre Strömung Bolívar y Zamora“ (*Corriente Revolucionaria Bolívar y Zamora*), das „Nationale Netzwerk der Comuneros und Comunerás“ (*Red Nacional de Comuneros y Comunerás*) und die „Plattform kleinbäuerlicher Kämpfe“ (*Plataforma de Lucha Campesina*).
  - 13 Ein Beispiel war der sogenannte „Präsidentielle Rat populärer Regierung mit den Comunas“ (*Consejo Presidencial De Gobierno Popular Con Las Comunas*) zwischen Mai 2014 und Dezember 2015, der von Maduro als Versuch einer stärkeren Einbindung der Basisbewegungen (*cogobierno*) und Anstoß zu einer „populären“ Bearbeitung der beginnenden Krise eingesetzt wurde. Siehe Settembrino et al. 2019 (Anm. d. Übersetzers).
  - 14 Eines der wichtigsten Projekte bestand z.B. darin, Institutionen und gesetzliche Rahmenbedingungen zur populären Kontrolle von Produktion, Distribution und Preisen unter Beteiligung der Basisorganisationen zu schaffen.
  - 15 Der „Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft“ enthält zehn strategische Ziele: einen ausgeglichenen Staatshaushalt; ein neues Wechselkursregime; Verteidigung von Gehältern und Einkommen durch Bindung an den Petro; Preisstabilität; Steigerung der nationalen Produktion; Steigerung der Deviseneinnahmen; Stabilisierung und Expansion des Petro; eine neue Transportpolitik; den Schutz der Bevölkerung; einen neuen Sparplan (Gobierno Bolivariano de Venezuela 2018).
  - 16 Mit der Redewendung „das Ruder herumreißen“ (*golpe de timón*) spielt der Autor auf den Titel von Hugo Chávez' letzter programmatischer Rede im Oktober 2012 an. Darin prangerte Chávez bürokratische Tendenzen innerhalb der Bolivarianischen Revolution an und plädierte für eine Wende bzw. einen Anstoß in Richtung populärer Selbstverwaltung und eines kommunalen Sozialismus (Anm. d. Übersetzers).

## Literatur

- Brasil de Fato (2019): Guerra híbrida. Un dossier analiza impactos de la ofensiva de EE.UU. contra Venezuela. 4.6.2019. <https://www.brasildefato.com.br/2019/06/04/guerra-hibrida-un-dossier-analiza-impactos-de-la-ofensiva-de-eeu-contra-venezuela/>, 2.5.2020.
- Britto García, Luis (2018): Resucitó la Ley Terminator. 7.1.2018. <http://www.albatv.org/Resucito-la-Ley-Terminator.html>, 1.5.2020.
- Chávez Frías, Hugo (2009a): De la propiedad privada a la social, transición al Socialismo. Clausura del II Congreso de Economía Social de la Unefa. Caracas: Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información.
- Chávez Frías, Hugo (2009b): Las comunas y los cinco frentes para la construcción del Socialismo. *Aló Presidente Teórico* 1. Caracas: Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información.

- Chávez Frías, Hugo (2010): *Apliquemos las tres erres al cuadrado. (3R<sup>2</sup>)*. Caracas: Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información.
- Chávez Frías, Hugo (2012): *El Golpe de timón. I Consejo de Ministros del nuevo ciclo de la Revolución Bolivariana*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Chávez Frías, Hugo (2013 [1991]): *El Libro Azul*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Chávez Frías, Hugo (2014 [1996]): *Agenda Alternativa Bolivariana*. Caracas: Ediciones Correo del Orinoco.
- Ciccariello-Maher, George (2013): *We Created Chávez. A people's history of the Venezuelan Revolution*. Durham/London: Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822378938>
- Cotejo (2019): *Maduro: „No estoy privatizando nada“*. 5.2.2019. <https://cotejo.info/2019/02/maduro-no-hay-privatizacion/>, 1.5.2020.
- Curcio, Pasqualina (2017a): *Mitos sobre la Economía venezolana. Parte I*. In: 15 y último. *Resuelve de Ideas*, 17.6.2017. <http://www.15yultimo.com/2017/06/17/mitos-sobre-la-economia-venezolana-i-version-ilustrada/>, 12.2.2020.
- Curcio, Pasqualina (2017b): *Mitos sobre la Economía venezolana. Parte II/III*. In: 15 y último. *Resuelve de Ideas*, 8.8.2017. <http://www.15yultimo.com/2017/08/08/mitos-de-la-economia-venezolana-iii-version-ilustrada/>, 12.2.2020.
- Curcio, Pasqualina (2019): *Liberando el cambio*. In: 15 y último. *Resuelve de Ideas*, 20.5.2019. [www.15yultimo.com/2019/05/20/liberando-el-cambio/](http://www.15yultimo.com/2019/05/20/liberando-el-cambio/), 30.3.2020.
- Dussel, Enrique (2013): *20 Thesen zu Politik*. Berlin: LIT.
- El Nacional (2019): *Luis Vicente León: Caída de la popularidad de Juan Guaidó es una alerta*. 18.11.2019. <https://www.elnacional.com/venezuela/luis-vicente-leon-caida-de-la-popularidad-de-juan-guaido-es-una-alerta/>, 25.4.2020.
- Gobierno Bolivariano de Venezuela (2018): *Plan de recuperación económica. Una estrategia para derrumbar la agresión multiforme*. <http://vicepresidencia.gob.ve/plan-de-recuperacion-economica-una-estrategia-para-derrumbar-la-agresion-multiforme/>, 30.4.2020.
- Gobierno Bolivariano de Venezuela (2019): *Canciller Arreaza participa en Viena en Seminario Internacional sobre las Medidas Coercitivas Unilaterales*. 27.6.2019. <http://mppre.gob.ve/2019/06/27/arreaza-seminario-sanciones-viena/>, 2.5.2020.
- Iturriza, Reinaldo (2019): *Cuarantena (V): la lógica de las tres minorías. In: saber y poder*, 17.11.2019. <https://elotrosaberypoder.wordpress.com/2019/11/17/cuarantena-v-la-logica-de-las-tres-minorias/>, 8.2.2020.
- Kastner, Jens (2013): *pueblo. Probleme einer Übersetzung*. In: *MALMOE* 62, 24.
- Ministerio del Poder Popular (2019): *Continúa Proceso de Renovación del Poder Popular para los Consejos Comunales*. 14.9.2019. <https://www.mppcomunales.gob.ve/2019/09/14/continua-proceso-de-renovacion-del-poder-popular-para-los-consejos-comunales/>, 30.4.2020.
- PanAm Post (2019): *¿Qué establece la Ley Verdad aprobada en EEUU para el rescate de Venezuela?*. 20.12.2019. <https://es.panampost.com/sabrina-martin/2019/12/20/que-establece-la-ley-verdad-aprobada-en-eeuu-para-el-rescate-de-venezuela/>, 2.5.2020.
- República Bolivariana de Venezuela (2012): *Ley orgánica de los Consejos Comunales*. Caracas: Ministerio del Poder Popular para la Comunicación y la Información.
- Rojas, Gerardo (2016): *Golpe de Timón. Guía para la construcción del Socialismo que Chávez nos encomendó*. In: *¿Comuna o Nada!*, 16.10.2016. <https://gerojasp.wordpress.com/2016/10/16/golpe-de-timon-guia-para-la-construccion-del-socialismo-que-chavez-nos-encomendo/>, 12.2.2020.
- Rojas, Gerardo (2018a): *¿Burguesía revolucionaria o socialismo de mercado? ¿Dónde queda Chávez?* In: *¿Comuna o Nada!*, 27.9.2018. <https://gerojasp.wordpress.com/2018/09/27/burguesia-revolucionaria-o-socialismo-de-mercado-donde-queda-chavez/>, 8.2.2020.
- Rojas, Gerardo (2018b): *„La comuna debe ser el espacio donde vamos a parir el socialismo“*. A propósito de los planteamientos de Hermann Escarrá. In: *¿Comuna o Nada!*, 11.10.2018. <https://gerojasp.wordpress.com/2018/10/12/la-comuna-debe-ser-el-espacio-donde-vamos-a-parir-el-socialismo-a-proposito-de-los-planteamiento-de-hermann-escarra/>, 14.2.2020.
- Rojas Jiménez, Andrés (2019): *Programa Petróleo por Alimentos para Venezuela debe hacerse bajo el control de la Asamblea Nacional. Entrevista con Francisco Rodríguez*. In: *Petroguía. El Mundo de la Energía*, 25.9.2019. <http://www.petroguia.com/pet/noticias/petr%C3%B3leo/%E2%80%9Cprograma-petr%C3%B3leo-por-alimentos-para-venezuela-debe-hacerse-bajo-el-control-de-la->, 8.2.2020.
- Salas, Luis (2017): *Chávez. O cómo la mejor política económica es una buena política social*. In: 15 y último. *Resuelve de Ideas*, 5.3.2017. <http://www.15yultimo.com/2017/03/05/chavez-o-como-la-mejor-politica-economica-es-una-buena-politica-social/>, 30.3.2020.
- Settembrino, Yanina/Vargas, Hernán/Rojas, Gerardo (2019): *El Consejo Presidencial de Gobierno Popular con las Comunas. Ensayo de cogobierno en el marco de la crisis de las democracias*. <https://consejopresidencialcomunales.home.blog/>, 29.4.2020.
- Supuesto Negado (2019): *Polémica en el gobierno de Maduro por empresas privatizadas y comuneros presos*. 23.4.2019. <https://supuestonegado.com/polemica-gobierno-maduro-empresas-privatizadas-comuneros-presos/>, 1.5.2020.
- Tatuy Tv (2019): *Sanciones. La Guerra por otros medios*. 2.9.2019. <https://www.tatuytv.org/video-sanciones-la-guerra-por-otros-medios/>, 14.2.2020.
- teleSUR (2019): *Venezuela solicita a Brasil la entrega de responsables de ataque*. 28.12.2019. <https://www.telesurtv.net/news/venezuela-brasil-entrega-cinco-desectores-ejercito-ataque-cuartel-20191228-0006.html>, 9.2.2020.
- Voces Urgentes (2018): *Comuna El Maizal. En el camino de construcción del socialismo territorial que el Comandante Chávez nos encomendó*. In: *Voces Urgentes. Comunicación Comunal*, 2.4.2018. <https://vocesurgentes.wordpress.com/>

- com/2018/04/02/comuna-el-maizal-en-el-camino-de-construccion-del-socialismo-territorial-que-el-comandante-chavez-nos-encomendo/, 29.4.2020.
- Voces Urgentes (2019): Enfrentar la crisis desde el horizonte socialista. Prácticas Chavistas para la Ofensiva Necesaria. In: Voces Urgentes. Comunicación Comunal, 9.8.2019. <https://vocesurgentes.wordpress.com/2019/08/09/enfrentar-la-crisis-desde-el-horizonte-socialista-practicas-chavistas-para-la-ofensiva-necesaria/>, 9.2.2020.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London/New York: Verso.
- Yvke Mundial (2017): 15 cosas de los CLAP que deberías saber. 28.3.2017. <http://www.radiomundial.com.ve/article/15-cosas-de-los-clap-que-deber%C3%ADas-saber>, 30.4.2020.
- 15 y último (2019): A un año del plan de recuperación. ¿Vamos bien o bamos vien? 20.8.2019. <http://www.15yultimo.com/2019/08/20/a-un-ano-del-plan-de-recuperacion-vamos-bien-o-bamos-vien/>, 30.3.2020.